

Raubkunst mit Fragezeichen

Wilfried Weinke – (Hamburg)

Seitdem der Münchner „Focus“ im November 2013 unter dem reißerischen Titel „Der Nazi-Schatz“ über den Fund von 1.500 verschollen geglaubten Gemälden der klassischen Moderne berichtet hatte, die in der Wohnung von Cornelius Gurlitt, dem Sohn des Dresdner Kunsthändlers Hildebrand Gurlitt, sichergestellt wurden, wird zunehmend wieder von „Raubkunst“, präziser: von „NS-Raubkunst“, gesprochen und geschrieben. Es ist zwar kein neues, allerdings ein allzu lang verschwiegenes Thema.

Erst Jahrzehnte nach Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft wurde in vielfältigen regionalen Studien jener Prozess untersucht, der von den Nationalsozialisten euphemistisch „Arisierung“ genannt wurde. Am Ende dieses Prozesses, den die Nazis auch als „die Entjudung der deutschen Wirtschaft“ bezeichneten, standen Deportation und Ermordung. Zuvor aber wurden Wohnungen, Mobiliar, Bibliotheken und Wertsachen vom Staat konfisziert.

Angesichts der mit dem „Judenboykott“ vom 1.4.1933 einsetzenden Verfolgung der Juden von „Freiwilligkeit“ bei Verkäufen von Eigentum, Firmen oder Kunstwerken zu sprechen, ist eine Verhöhnung der Opfer. Sie ignoriert willentlich, dass es entweder um die schlichte Sicherung der materiellen Existenz, die Organisation der Emigration, besser: der Flucht aus Deutschland ging. Schon 1998 stellte Salomon Korn, der damalige Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, fest: „Für Arisierungen gab es zur Zeit ihrer Durchführung kein Unrechtsbewusstsein – man hatte ja schließlich ‚jüdische Volksschädlinge‘ beerbt... Die heute von Juden erhobenen Forderungen nach Rückgabe oder materieller Kompensation des geraubten Besitzes lösen deshalb besonders heftige Abwehrreaktionen aus, weil sie die Rechtmäßigkeit des ‚arisierten‘ Besitzes vieler Privatpersonen, Firmen, Versicherungen und Banken immer wieder in Frage stellen.“ Diese Aufzählung kann um Museen und Kunstsammlungen erweitert werden.

Schon 2008 präsentierte das Jüdische Museum Berlin in einer großen Ausstellung „Raub und Restitution“ das Thema „Kulturgut aus jüdischem Besitz von 1933 bis heute“ und dokumentierte in vielfältiger Weise den europaweiten Beutezug der Nationalsozialisten. Drei

Jahre später griff das Berliner „Centrum Judaicum“ das Thema auf und beleuchtete unter der treffenden Überschrift „Lohnende Geschäfte“ die Rolle des Kunsthandels in den zwölf Jahren des „Tausendjährigen Reiches“. Zutreffend berichtete die überregionale Presse damals unter der Überschrift „Räuber, Hehler, Profiteure“ über die Ausstellung. Nicht zuletzt Stefan Koldehoff, Publizist und Redakteur beim Deutschlandfunk, brachte es in seiner Darstellung der Geschäfte mit der NS-Raubkunst auf den Punkt; in Abwandlung von Wolfgang Staudtes Filmtitel „Die Mörder sind unter uns“ gab er seinem Buch den Titel „Die Bilder sind unter uns“. All diese Ausstellungen, Katalogbücher und auch die begleitenden Konferenzen verdeutlichten auf eindringliche Weise, wie zögerlich deutsche Museen und öffentliche Kunstsammlungen auch zehn Jahre nach der Zustimmung zur Washingtoner Erklärung zur Rückgabe von NS-Raubkunst mit ihrer Pflicht zur Aufklärung, zur Provenienzforschung, handelten.

Mit der im September 2014 eröffneten und nun bis April 2016 verlängerten Ausstellung „Raubkunst? Provenienzforschung zu den Sammlungen des Museum für Kunst und Gewerbe Hamburg“ durchbricht das Haus die Phalanx des Schweigens. Dabei unterscheidet sich die Ausstellung in Umfang und Form von allen anderen, zumeist in Ankündigung wie Thematik viel auffälliger präsentierten Schauen des Hauses. Die Ausstellung umfasst lediglich zwei Vitrinen und einen Vitrinenschrank; die erläuternden Texte sind eher nüchtern-sachlich. Es geht dem Haus und der verantwortlichen Kuratorin, der Kunsthistorikerin Silke Reuther, nicht um sensationsheischende Exponate und entsprechende Schlagzeilen. Ihre Arbeit wurde seit 2010 durch die Arbeitsstelle für Provenienzforschung gefördert, nunmehr wird sie aus dem Etat des Museums finanziert. Die Ausstellung versteht Reuther als Zwischenresümee ihrer bisherigen Tätigkeit, somit als „Work in Progress“, aber auch als deutliches Signal an eine interessierte Öffentlichkeit. Sie soll zeigen, dass das Museum bereit ist, sich seiner historischen Verantwortung zu stellen.

Das Museum wird also nicht als reiner Museentempel, als Ort fachgerechter und dauerhafter Aufbewahrung von Gegenständen und Kunstwerken vergangener Zeiten, verstanden.

Gerade mit Blick auf den Erwerb von Kulturgütern während der NS-Zeit gilt es, die Exponate aus einem etwaigen Zwielficht zu holen, ihre wahre Herkunft zweifelsfrei zu erforschen. Es ist ein unzweifelhaftes Verdienst der Ausstellung „Raubkunst“, diese detektivische Spurensuche, die zuweilen an eine Sisyphusarbeit erinnert, an unterschiedlichsten Sammlungsgegenständen des Hauses verständlich dargestellt zu haben. Dabei wird dem Begriff „Provenienzforschung“ seine Undurchdringlichkeit genommen, die originäre Disziplin der Kunstgeschichte durch die Darstellung der Recherchen, der Durchsicht von Eingangsbüchern, Inventarverzeichnissen, der Entschlüsselung von Einträgen auf Rück- und Unterseiten der Exponate, der Sichtung von Korrespondenzen und Auktionskatalogen nachvollziehbar.

An ca. 100 Kunstgegenständen wird dieser Prozess veranschaulicht. An Gegenständen, deren Herkunft als gesichert gilt, aber auch solchen, bei denen bis heute dieser Nachweis nicht erbracht werden kann. Zwei Recherchekomplexe sollten jeden Besucher der Ausstellung interessieren – und berühren. Beide beziehen sich unmittelbar auf „NS-verfolgungsbedingte“ Objekte, die Rede ist von dem sogenannten „Judensilber“ sowie dem Umgang mit der Kunstsammlung von Henry und Emma Budge.

Nach den reichsweiten Pogromen vom November 1938 war der Besitz von Edelmetallen für Juden strafbar. Lediglich die eigenen Trauringe, eine silberne Uhr und zwei Essbestecke aus Silber waren als privater Besitz erlaubt; alle weiteren silbernen Gegenstände waren gegen Quittung und einen lächerlichen Vergütungsbetrag abzugeben, wurden als „Metallspende an das Reich“ konfisziert und in der Regel eingeschmolzen. Nach Kriegsende befanden sich im sogenannten „Silberkeller“ der Hamburger Finanzbehörde etwa 30.000 Silbergegenstände; 1958 wurde zwischen der Stadt Hamburg und der Jewish Trust Conference ein „Abgeltungsbetrag“ vereinbart, weil für die verbliebenen Gegenstände keine Vorbesitzer oder Erben ausfindig gemacht werden konnten. Dieser Rest – rund eine Tonne Silber – wurde auf die Hamburger Museen verteilt. Und so steht der Besucher der Ausstellung vor Bestecken, Leuchtern, Zuckertöpfchen, Schälchen, Bechern, Körbchen aller Art. Die Ansammlung dieser nunmehr „herrenlosen“ Gegenstände erinnert auf traurige Weise an jene Magazine der Vernichtungslager, in denen die letzten Habseligkeiten der in den Gaskammern Ermordeten gehortet wurden.

Ein weiteres, eindringliches, gut dokumentiertes Beispiel nationalsozialistischer Beraubungspolitik bezieht sich auf den Besitz und

die Sammlung Henry und Emma Budes. Das Ehepaar, in den USA vermögend geworden und 1903 in die Heimatstadt der Frau zurückgekehrt, besaß nicht nur ein prächtiges Palais an der Außenalster, sondern auch eine umfassende wie vorzügliche Kunstsammlung. Im September 1930 hatte Emma Budge verfügt, dass nach ihrem Tod die Kunstsammlung an das Museum für Kunst und Gewerbe und ihre Villa für gemeinnützige Zwecke an die Stadt gehen sollten. Angesichts der seit Januar 1933 veränderten politischen Machtverhältnisse hatte sie dieses Testament widerrufen und ausschließlich ihre jüdischen Verwandten bedacht. Doch nach ihrem Tod 1937 wurde ihr letzter Wille missachtet, ihr Palais unter Wert verkauft und vom Reichsstatthalter Karl Kaufmann (1900–1969) als Amtssitz benutzt. Ihre Kunstsammlung von internationalem Rang kam noch im gleichen Jahr als vermeintlich „freiwillige Versteigerung“, an der sich auch das Museum für Kunst und Gewerbe beteiligte, zum Verkauf. Doch konnten weder die Testamentsvollstrecker noch die Erben über die erzielten Erlöse verfügen. Erst in diesem Jahrtausend wurden „Wiedergutmachungszahlungen“ und „Abgeltungsbeträge“ zwischen der Stadt Hamburg und den Erben vereinbart. Auch wenn diese beiden „Fallgeschichten“ schon an anderer Stelle ausgestellt wurden (das „Judensilber“ in der 1991 gezeigten Ausstellung „Vierhundert Jahre Juden in Hamburg“, der rücksichtslose Umgang mit dem Testament von Emma Budge in der 2008 in Berlin präsentierten Ausstellung „Raub und Restitution“), gilt wie in der Pädagogik, dass Wiederholung nicht schaden kann, schon gar nicht in der Auseinandersetzung mit der Geschichte des eigenen Hauses. Zum subtilen Umgang mit der eigenen Sammlung und der Herkunft ihrer Exponate sollte sich aber auch sprachliche Sensibilität gesellen: Der inflationäre Gebrauch des nationalsozialistischen Terminus „Machtergreifung“ im Katalogbuch verbietet sich von selbst!

Das Museum für Kunst und Gewerbe hat einen wichtigen Schritt in der Auseinandersetzung mit der eigenen Sammlung getan und auch bundesweit mit dieser Ausstellung ein Zeichen gesetzt. Museen wie Kunsthandel sollten sich endlich klar darüber sein, dass es beim Thema NS-Raubkunst keinen Schlusstrich geben kann. Die Verantwortung dauert an.

Parallel zur Ausstellung erschien eine umfangreich illustrierte Begleitpublikation: *Raubkunst?: Provenienzforschung zu den Sammlungen des Museum für Kunst und Gewerbe Hamburg / hrsg. von Sabine Schulze und Silke Reuther. – Hamburg 2014. – 144 S. : zahlr. Ill. – ISBN 978-3-923859-81-8; 19,90 EURO*